

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 83 (2003)
Heft: 4

Rubrik: Dossier : was ist los mit Deutschland?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gerhard Schwarz,
Dr. oec. der Universität
St. Gallen, ist Chef der
Wirtschaftsredaktion der
«Neuen Zürcher Zeitung». Er ist Mitglied
zahlreicher nationaler
und internationaler Institu-
tionen und präsidiert
die Friedrich August von
Hayek-Gesellschaft.

WAS IST LOS MIT DEUTSCHLAND?

Deutschland ist seit je der wichtigste Handelspartner der Schweiz, und die beiden Volkswirtschaften – wenn dieser historische Begriff angesichts der Globalisierung überhaupt noch Sinn macht – sind eng miteinander vernetzt. Die Beiträge dieses Dossiers befassen sich kritisch mit der aktuellen Wirtschaftslage Deutschlands und skizzieren konkrete Lösungsvorschläge, die alle in dieselbe Kerbe hauen: Weniger Staat, weniger Korporatismus, mehr Selbstverantwortung und mehr Privatautonomie (Red).

Das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland ist schillernd. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand auf schweizerischer Seite die grosse Abgrenzung statt, die sich unter anderem in der manchmal penetranten Pflege des Dialekts manifestierte und weiterhin manifestiert. Auf deutscher Seite oszillierte die Einstellung zwischen Neid, Bewunderung und Sympathie für den tüchtigen und kriegsverschonten Kleinstaat. Darunter mischte sich in den letzten Jahren eine gewisse Schadenfreude darüber, dass Schatten des Zweiten Weltkriegs plötzlich auch auf das vermeintlich so makellose Musterland Schweiz fielen; es war eine Art Retourkutsche gegenüber der moralischen Überheblichkeit, die das Deutschlandbild vieler Schweizer lange Zeit prägte. In diesem Umfeld ist es heikel, von der kleinen Schweiz aus auf den grossen Nachbarn im Norden zu blicken und schonungslos festzuhalten, dass dieser schwer krank ist, dass es ihm an allen Ecken und Enden so sehr fehlt, dass guter Rat teuer ist, vor allem aber, dass die Gesundung nicht schnell gehen und dass sie sehr schmerhaft sein wird – sofern der Patient überhaupt bereit ist, sich einer Therapie zu unterziehen. Zu leicht könnte man eine solche Diagnose als Anmasung und Besserwisserei missverstehen.

Das spricht dafür, so wie es in diesem Heft geschieht, hauptsächlich deutsche Autoren zur Lage der deutschen Nation zu Wort kommen zu lassen – auch wenn dann der Vorwurf des Nestbeschmutzens rasch zur Hand sein könnte. Allerdings hört man ihn zurzeit wenig, wohl weil der Zustand der deutschen Wirtschaft so lamentabel ist, dass

man Kritik kaum noch als ungebührlich empfinden kann, selbst wenn sie im Ausland erhoben wird. Auch der obligate Hinweis auf unbestrittene Stärken des einstigen Klassenbesten, wie etwa die gute Ausbildung der Facharbeiter oder die relativ friedlichen Arbeitsbeziehungen, reichen heute nicht mehr aus, um ernsthafte Kritik als Miesmacherei zu brandmarken. Zum anderen sieht man manches von aussen weniger emotional, nüchtern und damit klarer.

Ausserdem muss angesichts des dramatischen Niedergangs Deutschlands bis in den Herbst hinein vor allem in der Wirtschaft, neuerdings, mit dem unsäglich opportunistischen Auftreten der Regierung in der Irak-Frage, auch in der Politik, Sorge erlaubt sein. Es ist die Sorge über eine mit Händen zu greifende Fehlentwicklung, die angesichts der Lage, Grösse und Bedeutung Deutschlands Auswirkungen auf ganz Europa haben wird und die gerade für die Schweiz in doppelter Hinsicht verheerend ist.

Sie ist für die Schweiz verheerend, weil sie ein klassischer Konjunkturnehmer ist, der ganz stark von der Lage im grössten Nachbarland beeinflusst wird. Wenn es dort schlecht läuft, kann es der Schweiz nur schwerlich gut gehen. Das Erhard'sche «Wirtschaftswunder» der Fünfziger- und Sechzigerjahre hat deshalb auch den schweizerischen Wohlstand genährt. Wenn nun umgekehrt die Zahl der Arbeitslosen auf 5 Millionen zusteckt, wenn das Wachstum seit 1995 deutlich unter dem der übrigen Euroländer liegt, in den letzten beiden Jahren gegen Null tendierend, und wenn die

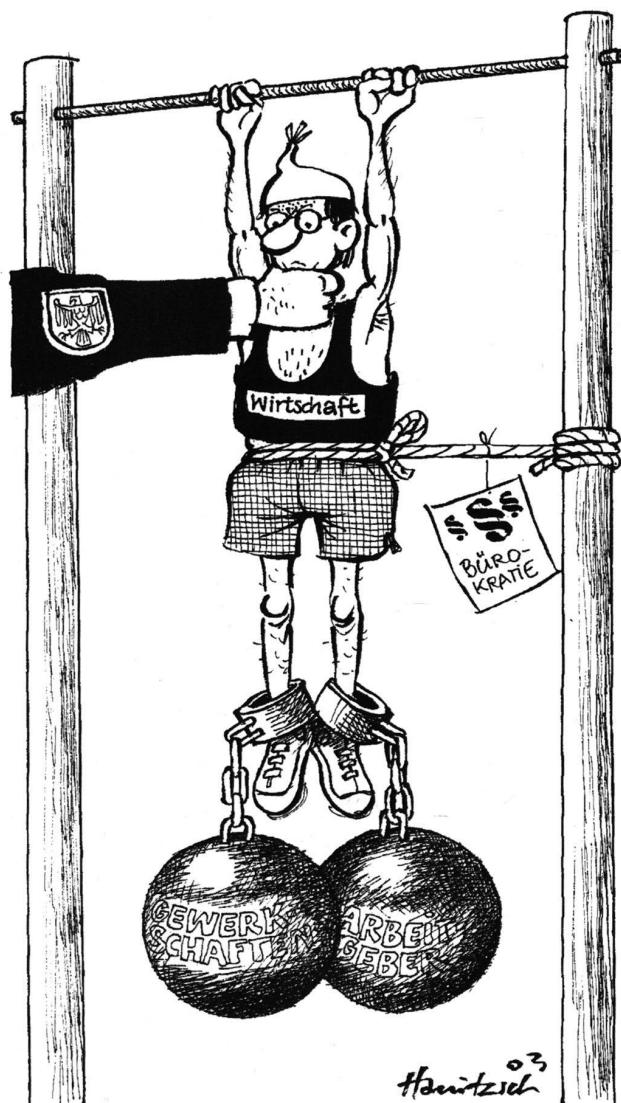
Staats- und Sozialhaushalte aus dem Ruder laufen, kann dies der Schweiz nicht gleichgültig sein.

Krankheit – vom Warnsignal zur Vorstufe der Genesung

Die Entwicklung in Deutschland ist für die Schweiz aber auch verheerend, weil man hierzulande den gewichtigen Nachbarn gerne zwar nicht unbedingt zum Vorbild, aber doch zum Massstab nimmt. Wie oft glaubt man doch mit dem Hinweis, die Situation sei dort ähnlich schlecht oder schlechter, helvetisches Ungenügen, ja Versagen rechtfertigen zu können! Wenn nun dieser Massstab immer mehr verkommt, schlittert die Schweiz fast zwingend in die gleiche Richtung wie Deutschland: Wenn dort Zeitbomben (vor allem in den Sozialversicherungen) nicht entschärft werden, wird es bei uns wohl erst recht nicht so schlimm sein; wenn dort Reformstau herrscht, muss man bei uns auch Verständnis haben, wenn alles nicht so schnell geht; und wenn dort nur schon Ansätze von Reformen sofort mit der Drohung, das gefährde den sozialen Frieden sowie mit der Beschwörung der Konsenskultur im Keim ersticken werden, muss man bei uns ebenfalls behutsam vorgehen – so lautet die Botschaft einer unheiligen Koalition aus Bremsen und Bagatellisierern.

Es ist diese doppelte Ansteckungsgefahr, die konjunkturelle und die ordnungspolitische, welche die Kritik von aussen erklärt und legitimiert. Sie sollte es auch erlauben, die Hoffnung zu äussern, Deutschland möge doch endlich erwachen. Geschähe das aus Einsicht in die langfristigen Zusammenhänge, wäre dies jener intelligente, aufgeklärte Weg, den man jedem Land wünschen möchte. Wahrscheinlicher ist aber, dass der Leidensdruck zuerst so gross werden muss, dass auch die Gewerkschaften endlich Hand zu Reformen bieten. Insofern könnte man den von allen geisselten, unbestreitbaren Fehlern der Wiedervereinigung fast eine positive Note abgewinnen. Gemeint sind vor allem der gegen alle ökonomische Vernunft durchgebohrte Umtauschkurs von 1:1 (statt 1:4) bei der deutschen Währungsunion und das Verpassen der Chance, das Zusammenführen von Ost und West für einen grossen wirtschaftlichen Befreiungsschlag zu nutzen. Die Erfahrungen sollten unbedingt im Hinblick auf die «Wiedervereinigung Europas» ausgewertet werden.

Die dadurch entstandene enorme Belastung wirkt nun wie ein Vergrösserungsglas oder wie ein Beschleuniger. Letztlich sind die Strukturprobleme Deutschlands nämlich durchaus jenen der anderen europäischen Staaten vergleichbar. Aber «dank» der Wiedervereinigung wird alles, was es an Fehlentwicklungen und Langfristproblemen gibt, viel früher und viel deutlicher an die Oberfläche geschwemmt. Wer in den letzten Monaten nicht gesehen hat, dass etwas faul ist im Staate Deutschland, wird es wohl nie sehen – erst recht nicht mit Blick auf das übrige Europa. Deshalb könnte das kranke Deutschland zum Mahnmal für seine Nachbarn werden, und dann hätte – und das ist gänzlich ohne Sarkasmus gemeint – die Misere doch noch ihr Gutes, zumindest auf mittlere Frist. ♦



SCHWIERIGER AUFSCHWUNG

DER ZERBROCHENE MYTHOS

Der «Deutsche Weg» als gefährliche Illusion

Die meisten deutschen Politiker stecken den Kopf in den Sand, wenn es darum geht, die «deutsche Krankheit» zu erkennen und Heilmittel dagegen zu finden. Erst in den letzten Wochen und Tagen wächst das Bewusstsein, dass nur eine Rosskur dieses Land wieder vom Fleck bringen kann. Doch dazu fehlen wesentliche Voraussetzungen.

«*Seit einigen Monaten beurteilen wir die deutsche Lage negativer, denn die Regierung hat an Schwung verloren, und die gesamtwirtschaftlichen Aussichten haben sich verschlechtert*», meldete eine englische *credit ratings agency* im Februar. Im britischen «Economist» konnte man im Dezember lesen: «*Deutschland leidet an einer schweren ökonomischen Krankheit und an der Unsicherheit über seinen Platz in der Welt (...) Die meisten deutschen Politiker reden zwar davon, dass Reformen nötig sind, aber die wenigsten scheinen zu erkennen, wie dringend und radikal diese sein müssen, wenn die Wirtschaft wieder Tritt fassen soll.*» Die Deutschen seien sich gar nicht bewusst, so argwöhnisch angelsächsische Marktwirtschaftler, wie sehr sie ihre Regierung «*schlafwandlerisch in die Stagnation*» führe.

Aus einer gewissen Distanz werden die wunden Punkte besser erkannt, als wenn man mitten in den Problemen steckt. Die Überbringer schlechter Nachrichten sind niemals beliebt, und häufig ernten sie für ihre Botschaften nichts als Prügel. Damit hatte schon Kassandra ihre Probleme. Die Botschaft von einer besseren Welt verkauft sich besser als die schonungslose Analyse der Realität. Es steht heute fest, dass Deutschland in den letzten acht Jahren das schwächste Wachstum in der EU aufwies und die deutschen Aktienkurse stärker als alle anderen gefallen sind. Das ehemalige Wirtschaftswunderland hat sich überschätzt. Deutschland lebte die letzten 20 Jahre über seine Verhältnisse, in einem erstarrten System mit veralteten Regeln, Illusionen und Schlagworten, z.B. mit jenem von der sozialen Ausgewogenheit und der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse. Die Politik ist dilettantisch und orientierungslos, und dem Staatsschiff fehlt in den

Stürmen der Weltpolitik das Steuerruder. Aus der hochgelobten Konsensgesellschaft wurde ein Diskutierclub, der vor lauter Reden zu handeln vergisst. Die Lethargie des Konsumalltags hat die Masse der Bürgerinnen und Bürger erfasst. Sie beschwieren sich zwar und rufen nach Reformen, aber fast niemand ist bereit, etwas zu ändern und auf staatliche Privilegien zu verzichten. Der Wohlfahrtsstaat hat alle satt und träge gemacht.

Verantwortungslosigkeit ist teuer

Es ist im Grunde verständlich, dass die Deutschen sich wohl fühlen in ihrem Wohlfahrtssystem mit seinen generösen Angeboten und mit seiner hervorragenden Infrastruktur. Weshalb soll man das freiwillig aufgeben und unangenehme Veränderungen hinnehmen? «*Die Deutschen glauben nicht wirklich, dass eine Krise bevorsteht*» schreibt der «Economist». Sie leben in einer Gesellschaft, in der kaum mehr jemand bereit ist, die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, deshalb greift auch der Staat immer tiefer in die Taschen seiner Bürger. Doch Verantwortungslosigkeit ist teuer. Der Mechanismus der Umverteilung verschlingt Unsummen, und auf der Suche nach der Verteilungsgerechtigkeit wird übersehen, dass der Topf immer leerer wird. Unter dem Etikett «Sozialstaat» läuft ein Mechanismus ab, der immer unsozialer wird, weil er Bürger schröpft und Funktionäre begünstigt. Die Bürokratie ist aber nicht nur teuer, sie lähmt auch den wirtschaftlichen Alltag, deshalb verlassen die Tüchtigen das Land und arbeiten dort, wo man ihnen weniger Steine in den Weg legt und wo sie mehr von ihrem Einkommen behalten können.

Isabel Mühlfenzl

promovierte nach dem Studium an den Universitäten München und Nürnberg zum Dr. oec. Von 1962 bis 1992 war sie in der Wirtschaftsredaktion des Bayrischen Rundfunks tätig. Seither arbeitet sie freiberuflich als Buch- und Filmautorin sowie als Moderatorin mit den Schwerpunkten internationale Wirtschaftspolitik, Geldtheorie, Corporate Finance und Public Choice.

Während die Politiker in anderen Staaten im Zuge des internationalen Wettbewerbs die wirtschaftlichen und staatlichen Fesseln lockern, die Bürokratie abbauen und Ausgaben und Steuern senken, glaubte die deutsche Regierung jahrelang, die weltweit empirisch erhärtete ökonomische Erfahrung missachten zu können, dass höhere Staatsausgaben und Steuern das Wachstum ersticken.

Deutschland leidet zweifellos unter der derzeitigen weltpolitischen Situation. Aber die Weltpolitik ist nicht die Ursache; die Krankheit ist weitgehend hausgemacht, sie wird durch die weltpolitische Lage nur verschlimmert. Wenn die Weltkonjunktur wieder anzieht, ist Deutschland noch lange nicht gesund. Deutschland ist plötzlich das Schlusslicht in der EU, dabei ist seine Wirtschaftsstruktur nicht schlechter als jene Frankreichs, Italiens oder Spaniens. Aber die Belastung Deutschlands ist aufgrund der Wiedervereinigung höher. Deshalb muss Deutschland stärker reformieren als andere europäische Staaten.

Deutschlands entscheidender Fehler wurde in den Neunzigerjahren begangen, als man bei der Wiedervereinigung die Chance nicht nutzte, das schon damals marode System zu ändern. Stattdessen wurde es auf die neuen Bundesländer transferiert. Das musste schief gehen. Die Folgen sind heute zu spüren, und es wäre bedauerlich, wenn dieselben Fehler bei der europäischen Ostintegration wiederholt würden.

Was gehört zur Reform?

- Lockerung des Kündigungsschutzes
- Kürzung des Arbeitslosengeldes für Langzeitarbeitslose
- Kürzung der staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme
- Kürzung der Umschulungsprogramme
- Neue Regeln für geringfügige Beschäftigung
- Neuordnung der betrieblichen Mitbestimmung
- Flexiblere Lohnkosten
- Abschaffung der Handwerksordnung
- Lockerung der Vorschriften für moderne technische Handwerksberufe
- Längere Ladenöffnungszeiten
- Selbstbeteiligung im Gesundheitssystem

Deshalb muss Deutschland stärker reformieren als andere europäische Staaten.

«Das deutsche Problem ist eine fundamentale Inflexibilität. Nichts ist erlaubt, alles ist starr geregelt», äusserte der amerikanische Nobelpreisträger Milton Friedman in einem Interview. «Deutschland ist wirtschaftlich und finanziell zu wenig flexibel und kann sich wegen der starren Preise und Löhne nicht an veränderte Bedingungen anpassen. Die Produktivkräfte sind gefesselt. Wenn Unternehmen keine Leute entlassen können, wenn es nötig ist, stellen sie lieber keine ein und produzieren woanders.» Doch das ist es nicht allein. «Wesentliche Probleme, die heute zum Vorschein kommen, sind entstanden durch den finanzpolitischen Fehler beim Umtausch der Ostmark in die Westmark zu einem Kurs von eins zu eins», sagt Milton Friedman. Er glaubt, dass Deutschland auch an der Umstellung auf den Euro leidet, weil es dem Euro mit einer wahrscheinlich überbewerteten DM beigetreten ist, «mit der Folge: Wenn Deutschland sich den anderen Mitgliedern in der EU anpassen möchte, dann müssten Preise und Löhne in Deutschland eigentlich langsamer steigen als in den anderen EU-Ländern und umgekehrt». Aber das ist unmöglich, weil Deutschland im Rahmen der EU keine selbstständige Fiskalpolitik betreiben kann.

Regierung unter Druck

Auch der amerikanische Nationalökonom Allan Meltzer ist der Meinung, dass sich Deutschland nicht an die Veränderung in der Weltwirtschaft angepasst hat. «Das Hauptproblem sind die strukturellen Reformen. Man kann Strukturprobleme nicht mit Gelddrucken und Steuererhöhungen lösen. Die Arbeitsmärkte sind viel zu teuer, die Regeln zu starr und die Lohnnebenkosten zu hoch. Deutschland hat versucht, dies durch Kapitalbildung und Kapitalinvestitionen auszugleichen, aber der Kapitalgewinn war sehr niedrig, deshalb investieren viele deutsche Firmen in Osteuropa und in den USA, wo der Kapitalgewinn höher ist, wo die Arbeitsmärkte flexibler und die Gewinnchancen grösser sind. Die starren Regeln erschweren den neuen jungen Firmen den Marktzugang, doch gerade die kleinen neuen Gesellschaften sind es, die neue Arbeitsplätze schaffen.»

Obwohl allgemein bekannt ist, dass tiefgreifende Reformen des Wohlfahrtsstaates

und eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes notwendig wären, zögert die Regierung, unter dem Druck der Gewerkschaften, den hier skizzierten Weg aus der Krise mit voller Entschlossenheit zu beschreiten.

Für die Gewerkschaften ist jede Reform am Arbeitsmarkt ein Angriff auf ihre hart erkämpften Ziele und ein Angriff auf ihre Macht. Je flexibler die Regeln, desto geringer der Einfluss. Deshalb betonen sie auch bei jedem Reformvorschlag sofort die so genannte «soziale Ausgewogenheit». Jeder Machtabbau wird als «Sozialabbau» diffamiert, auch dann, wenn Reformen in ihrer Auswirkung – vor allem für die Jugend – einen sozialen Fortschritt bringen würden. Wenn die angekündigten und darüber hinaus noch notwendigen Reformen gelingen sollen, dann muss sich die Regierung aus dem Griff der Gewerkschaften befreien, sonst bleiben nur Reformen, die den Namen nicht verdienen. Der Mythos von der Konsensgesellschaft, von der «Deutschland AG» ist zerbrochen, der Mythos vom Wirtschaftswunderland ist Geschichte. Deutschland muss Abschied nehmen von der traditionellen Wirtschaftspolitik.

Konfrontation statt Reformstau

Die Konsensgesellschaft hat sozialen Frieden gebracht, aber auch wirtschaftliche Erstarrung und Stagnation, weil sie Reformen blockiert und Deutschland hand-

Der Mythos
vom
Wirtschafts-
wunderland ist
Geschichte.

lungsunfähig macht. Die Zeit ist reif für mehr politische Konfrontation. Das entscheidende Problem des Reformstaus besteht darin, dass mehr als zwei Drittel der Abgeordneten auf der Regierungsbank der Gewerkschaft verbunden sind – auch der Bundeskanzler. Die Reformen sind eindeutig gegen die Ziele der Gewerkschaften, die, wären sie dafür, gegen ihre eigenen Ziele votieren müssten. Aber auch die Masse der Bürger fühlt sich unter dem wohlfahrtsstaatlichen Schutz durchaus wohl. Deshalb müssen Reformen gegen den Willen der Gewerkschaften und auch gegen die Wünsche von etwa 50 Prozent der Bevölkerung durchgeführt werden. Dieses «politische Wunder» haben bisher nur *Margaret Thatcher* im UK und *Roger Douglas* in Neuseeland geschafft, die nicht davor zurückschreckten, «mit eiserner Hand» durchzugreifen und auch empfindliche Rückschläge in Kauf zu nehmen.

Die Zeit der Solisten ist in einer global vernetzten Welt vorbei. Wer mitspielen will im internationalen Konzert, muss Notenlesen können, da kann Deutschland keinen Sonderweg beanspruchen. Nach einem Wort des früheren Bundeskanzlers *Helmut Schmidt* ist Deutschland «ökonomisch ein Riese und politisch ein Zwerg». Heute scheint es auch ökonomisch ein Zwerg zu werden, und der vieldiskutierte «Deutsche Weg» ist angesichts der gegenwärtigen Bedeutung der Bundesrepublik nicht viel mehr als ein Zwergenaufstand. ♦

von der Redaktion empfohlen

Ralf Altenhof, *Die Enquête – Kommissionen des Deutschen Bundestages*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002.

Peter Bendixen, *Das verengte Weltbild der Ökonomie. Zeitgemäß wirtschaften durch kulturelle Kompetenz*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2003.

Hans Bänziger, *Ehre als Ideal, Idol oder Freipass zu töten*, mv Taschenbuch, Rostock 2002.

Edward L. Hudgins (Hrsg.), *Space. The Free-Market Frontier*, Cato Institute, Washington D.C. 2002.

Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, deutschsprachige Ausgabe, Siedler Verlag, Berlin 2003.

Verena Kast, *Abschied von der Opferrolle. Das eigene Leben leben*, Herder Spektrum, Freiburg / Basel / Wien 2003.

Friedrich-Wilhelm Schlomann, *Information Warfare – Grenzen und Gefahren des Internets für Gesellschaft, Wirtschaft und Militär*, Schweizerische Vereinigung Pro Libertate, Bern 2002.

Hernando de Soto, *Freiheit für das Kapital! Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert*, Rowohlt, Berlin 2002.

DIE DEUTSCHE KRISE

Eine Diskussion über die Besitzstände ist dringend

Deutschland steckt in seiner schwersten Krise seit mehr als fünfzig Jahren. Zum dritten Mal in Folge wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um weniger als ein Prozent zulegen. Die Wirtschaft bedarf einer grundlegenden Sanierung. Vor harten Massnahmen sollte man daher nicht zurückschrecken.

Holger Schmieding
(45) ist Chefvolkswirt für Europa bei der Bank of America in London. Nach einem Studium der Volkswirtschaft in München, London und Kiel hat er bei Herbert Giersch an der Universität Kiel promoviert. Er ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Aufsätze und dreier Monographien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte, zum Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa sowie zur Fragen der europäischen Integration.

Die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und die vergleichsweise rege Auslandsnachfrage haben zwar den Aktienmarktschock abgefedert und eine scharfe Rezession verhindert. Aber die Tatsache, dass die Wirtschaft in Deutschland bereits seit 1995 im Schnitt um ein Prozent pro Jahr langsamer wächst als in den anderen Ländern des Euroraumes, zeigt die hausgemachte Schwäche. Während die Zahl der Arbeitslosen in den letzten sieben Jahren in Deutschland gestiegen ist, ging die Arbeitslosenquote anderswo im Euroraum um 3,5 Prozent zurück. Hätte Deutschland sich nicht vom europäischen Wachstumszug abgekoppelt, würde die strukturelle Arbeitslosigkeit jetzt auf einem Niveau liegen, das als Vollbeschäftigung gelten könnte.

Die allgemeinen Ursachen der deutschen Dauerstagnation sind wohl bekannt: überhöhte Lohnnebenkosten, ausufernde Regulierungen, ein leistungsfeindliches Steuer- und Sozialsystem und vor allem die Weigerung der Gewerkschaften, die Last der deutschen Vereinigung durch zurückhaltende Lohnabschlüsse mitzutragen. Deutsche Unternehmen schaffen Arbeitsplätze deshalb lieber in Ungarn und Shanghai, statt in Unna oder Stendal.

Dass Deutschland vom Wunderkind zum kranken Mann Europas geworden ist, hat vielfältige wirtschaftshistorische Ursachen. Eine wichtige Rolle spielt die Erblast der Wiedervereinigung. Es lässt sich trefflich darüber streiten, ob der weit überhöhte Austauschkurs von 1:1 und der gleichzeitige Anstieg der ostdeutschen Nominallöhne 1990 vermeidbar gewesen wäre oder nicht. Die Tatsache bleibt, dass die ostdeutsche Wirtschaft schlagartig auch den Rest ihrer Wettbewerbsfähigkeit einbüste. Die Lücke zwischen einem

zunehmenden Lebensstandard und einer abnehmenden Eigenproduktion in den neuen Ländern wurde durch Transfers aus dem Westen gefüllt, die in den Anfangsjahren an 5 Prozent der westdeutschen Wirtschaftsleistung heranreichten und auch mehr als zehn Jahre danach weiterhin bei über 3 Prozent liegen.

Finanziert wurden und werden diese Sozialtransfers zu einem erheblichen Teil über höhere Lohnnebenkosten. Dies hat in Westdeutschland einen Teufelskreis in Gang gesetzt. Höhere Beiträge der Arbeitgeber zur Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung verteuern den Faktor Arbeit. Die Unternehmen schaffen weniger Arbeitsplätze im Inland und investieren mehr im Ausland. Als Folge steigt die Arbeitslosigkeit, was wiederum die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen und damit die Lohnkosten in die Höhe treibt und weitere Wachstumschancen und Arbeitsplätze vernichtet. Wenn dieser Teufelskreis nicht durchbrochen wird, droht der deutschen Wirtschaft letztlich der Ruin – und den Menschen der Zusammenbruch der Sozialsysteme.

Die deutsche Wirtschaft leidet an dem, was *Herbert Giersch* schon in den Achtzigerjahren als «Eurosklrose» diagnostiziert hat. Allerdings ist Deutschland, gemessen an seiner Regulierungsdichte, nicht sklerotischer als Nachbarländer wie Frankreich, Italien und Österreich. Auch die Reallohne der Arbeitnehmer sind in Westdeutschland in den letzten zwölf Jahren für sich genommen nicht übermäßig gewachsen. Das deutsche Problem besteht darin, dass als Folge der Vereinigungslasten der Reformbedarf in Deutschland wesentlich höher ist als anderswo. Als Reaktion auf den kräftig eingeengten Verteilungsspielraum hätten die Reallohn-

zuwächse weit hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben müssen, um Platz für die Sozialtransfers in die neuen Bundesländer zu schaffen. Es hat weder eine solche Lohnzurückhaltung gegeben noch hinreichende Reformen, um den Verteilungsspielraum entsprechend auszudehnen.

Rezepte gegen die Krise

Die Diagnose der deutschen Krankheit liefert das gedankliche Gerüst, um Ansätze zur Therapie entwerfen und beurteilen zu können.

Zum einen geht es darum, den Verteilungsspielraum zu vergrößern. Deshalb müssen die Lohnnebenkosten gesenkt und kostentreibende Regulierungen abgebaut werden. Mit einer Reform der Sozialsysteme muss den Bürgern mehr Eigenverantwortung gestattet und zugemutet werden. Dazu gehört es auch, die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe zu kürzen und den teuren Kündigungsschutz zu mildern, der sich in Deutschland zu einem entscheidenden Einstellungshemmnis entwickelt hat. Um Investitionen anzuregen und so den privatwirtschaftlichen Verteilungsspielraum auszudehnen, müssen der Arbeitsmarkt flexibler, der Staat schlanker und die Steuerlast geringer werden.

Zum anderen geht es darum, die Arbeitnehmer dazu zu bewegen, im Interesse ihrer Arbeitsplätze und ihres langfristigen Wohlstandes den jährlichen Verteilungsspielraum so lange nicht voll auszuschöpfen, bis die Fehler der Vergangenheit ausgeglichen sind und wieder Vollbeschäftigung herrscht. In einigen kleineren Ländern Europas, so in den Niederlanden, ist es der Politik schon vor längerer Zeit gelungen, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf eine langfristige Strategie zurückhaltender Lohnzuwächse festzulegen. Entsprechend blühen in und um Amsterdam heute nicht nur die Tulpen, sondern die Wirtschaft ganz allgemein.

In Deutschland sind hingegen alle Versuche gescheitert, durch ein Bündnis für Arbeit an des Kanzlers rundem Tisch ein Wohlverhalten der Funktionäre herbeizureden. Deshalb bleibt Deutschland nur der harte Weg, mit dem vor knapp zwanzig Jahren *Margaret Thatcher* die britische Misere beendete und ihr Land wieder in ein europäisches Wachstumszentrum verwan-

Das deutsche Problem besteht darin, dass als Folge der Vereinigungslasten der Reformbedarf in Deutschland wesentlich höher ist als anderswo.

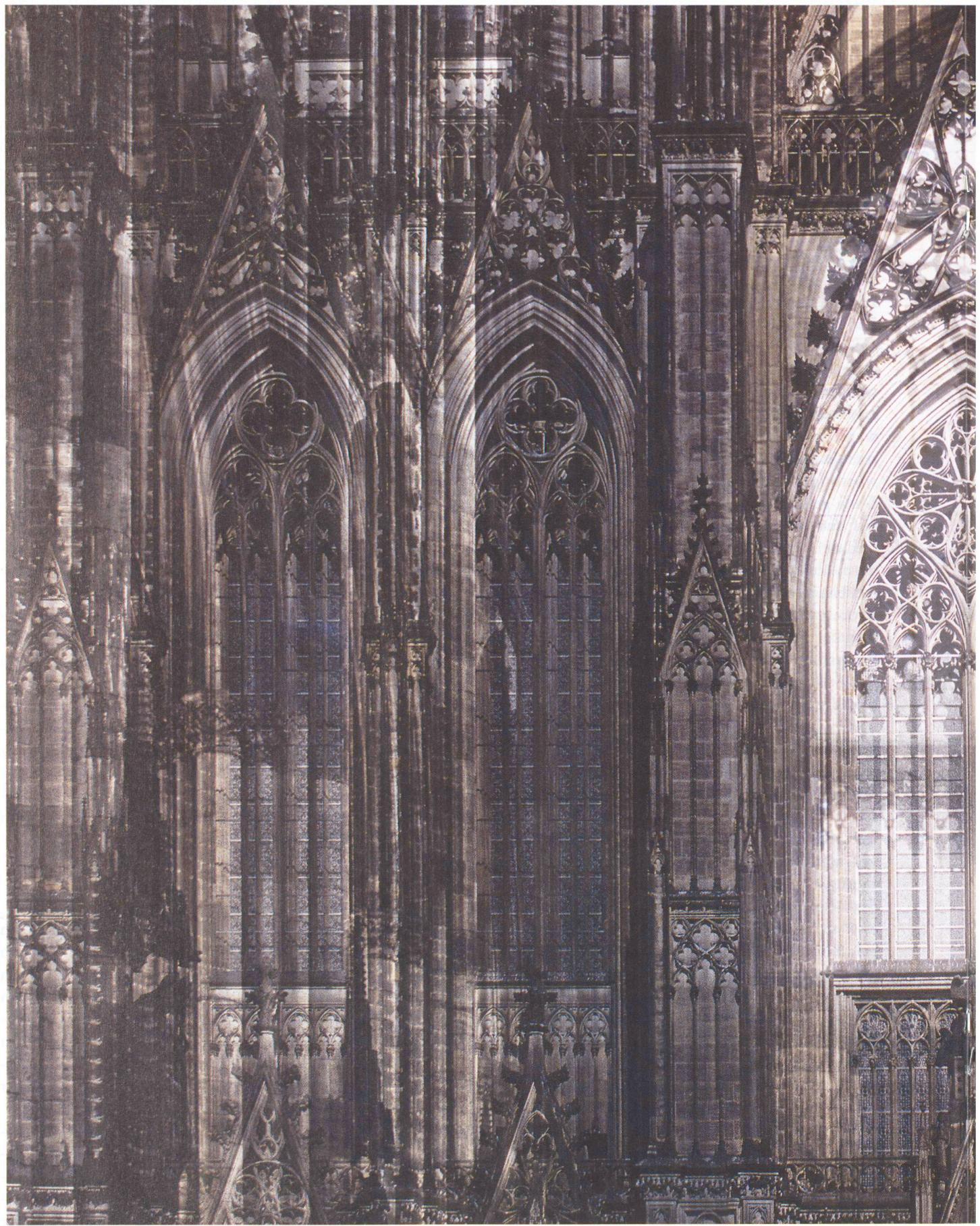
delte: Die Politik muss den Würgegriff des Tarifkartells brechen und den Einfluss der überörtlichen Gewerkschaftsbosse zugunsten betrieblicher Lösungen beschneiden. Regelungen auf Betriebsebene zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollten grundsätzlich Vorrang vor regionalen Tarifverträgen bekommen, wenn der entsprechende Betriebsrat oder die Mehrheit der Arbeitnehmer eines Unternehmens zustimmt; das Günstigkeitsprinzip im Sozial- und Arbeitsrecht sollte grundsätzlich im Sinne des Erhaltes eines Arbeitsplatzes und nicht im Sinne eines kurzfristigen finanziellen Vorteils für die Noch-Beschäftigten konkretisiert werden.

Mitte der Neunzigerjahre hatte vor allem *Wolfgang Schäuble* versucht, mit einigen Reformen das Ruder herumzureißen. Ge nannt seien vor allem die eingeschränkte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ein leicht gelockerter Kündigungsschutz, bessere Bedingungen für Niedriglohnstellen und eine vergleichsweise konsequente Rentenreform. Nicht zuletzt dank dieser Initiativen hat die deutsche Wirtschaft anschließend für einige Jahre wieder ein wenig Fuss fassen können. Allerdings hat die Regierung *Schröder* unmittelbar nach ihrem Amtsantritt Ende 1998 fast all diese Reformen zurückgenommen – und damit letztlich selbst ihre heutige Krise heraufbeschworen. Deutschland steht heute mehr denn je als der kranke Mann Europas da. Als Teil der Reformagenda sollten die wesentlichen Ansätze von Schäuble wieder in Kraft gesetzt werden.

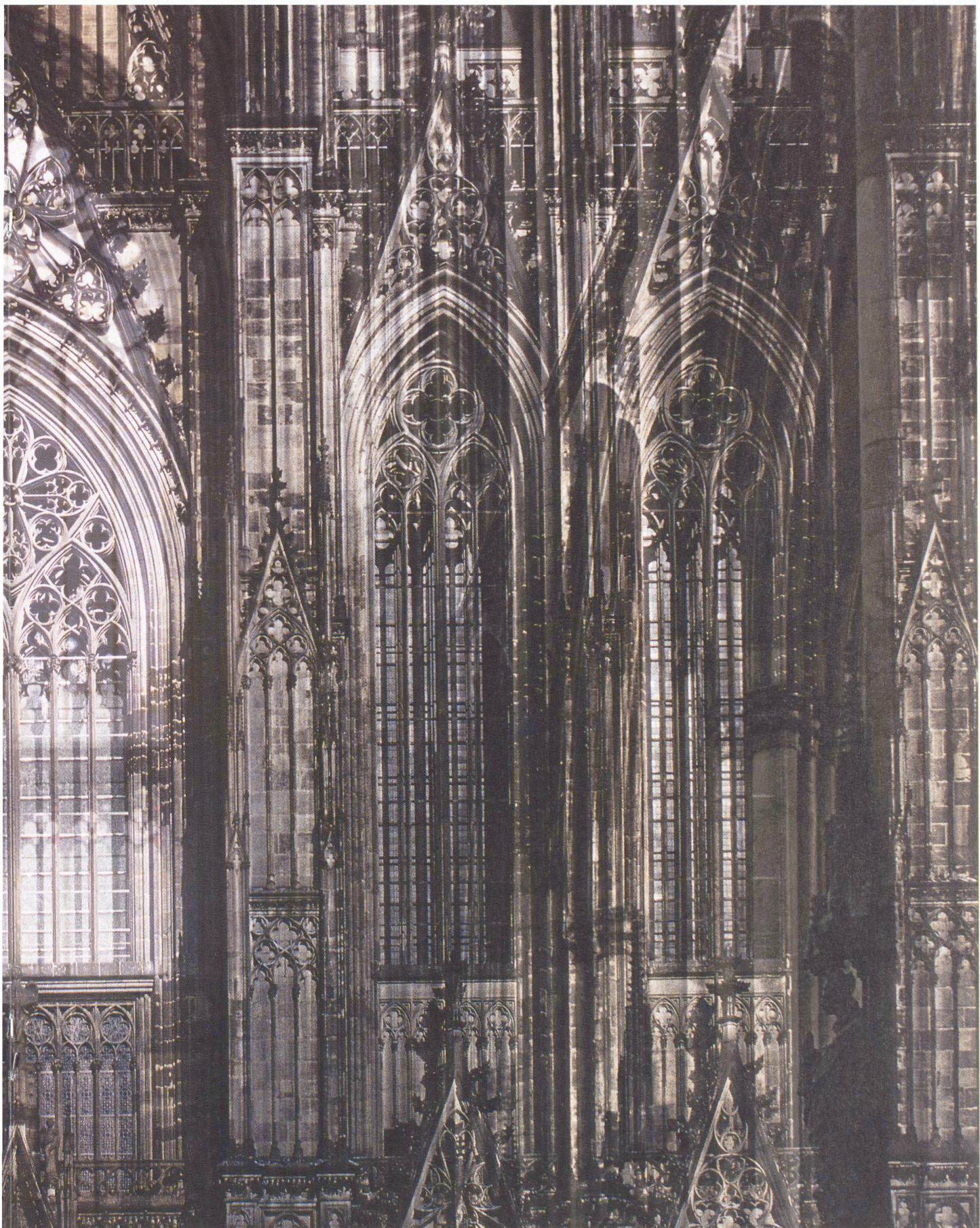
Das Gespenst der Deflation?

In Diagnose und Therapievorschlägen habe ich Arbeitskosten und Institutionen in den Vordergrund gestellt. Es gibt jedoch eine alternative Sichtweise, die vor allem makroökonomisch ausgerichtet ist. Demnach leidet Deutschland wie Japan an einer zu restriktiven Geld- und Fiskalpolitik und sieht sich deshalb mit der Gefahr einer Deflation konfrontiert.

Ähnlich wie Japan, das sich wirtschaftspolitisch verausgabt hat, kann Deutschland weder die Geld- noch die Fiskalpolitik einsetzen, um seine lahmende Binnenkonjunktur kurzfristig zu stimulieren. Die Zinsen werden von der Europäischen Zentralbank gesetzt, die Haushaltspolitik hat



Roland Fischer, Köln A, 1996, 182 x 212 cm



als Folge vergangener Sünden ihren Spielraum weitgehend eingebüsst. Und ebenso wie in Japan stellen ein verkrusteter Arbeitsmarkt und eine alternde Bevölkerung das Sozialsystem vor immer grössere Probleme, während gleichzeitig übermächtige Interessengruppen die notwendigen Reformen verhindern.

Die Deflationsdebatte läuft jedoch auf eine Fehldiagnose hinaus. Deflation bezeichnet einen anhaltenden Rückgang des Preisniveaus. Da die Verbraucher erwarten, dass Güter und Dienstleistungen in der Zukunft billiger sein werden als heute, halten sie sich heute mit Käufen zurück. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bricht ein. Von einer solchen Deflation ist Deutschland weit entfernt. Die Preise für Dienstleistungen, die am besten den hausgemachten Preisdruck widerspiegeln, steigen mit Raten um ein bis zwei Prozent. Bereinigt um die allgemeine Inflationsrate sind die Zinsen so niedrig, wie sie es auch zu Zeiten der Bundesbank in konjunkturellen Krisen im Regelfall gewesen sind. Auch die Fiskalpolitik und der Europäische Stabilitätspakt können kaum als Sündenbock herhalten. Mehr aus Zufall denn aus antizyklischer Absicht hat Deutschland die Einkommensteuern zu Beginn des Abschwungs in den Jahren 2000/2001 sogar spürbar gesenkt. Auch dieser Stimulus hat aber den Abschwung nicht aufhalten können.

Deutschlands aktuelles Problem sind stattdessen die Lohn- und Lohnnebenkosten. Im Frühjahr 2002 haben die Gewerkschaften Lohnerhöhungen von drei bis vier Prozent durchgesetzt, obwohl allenfalls ein Zuwachs von zwei Prozent vertretbar gewesen wäre. Der Doppelschlag der überhöhten Lohnabschlüsse und der nachlassenden Weltkonjunktur im Gefolge der unerwartet tiefen Aktienkrise hat viele Unternehmen in die Knie gezwungen.

Wie unsere Analyse gezeigt hat, können weder die zurückliegende Lohnrunde noch der neue Anstieg der Lohnnebenkosten im Jahr 2003 als einmalige Betriebsunfälle abgetan werden. Ähnlich krasse Fehler hat es immer wieder gegeben. Auch 1995 hatten zu hohe Lohnabschlüsse dazu beigetragen, einen wirtschaftlichen Aufschwung abzutüpfeln.

In einer Beziehung kann Japan allerdings als warnendes Beispiel dienen: Seitdem im Land der aufgehenden Sonne eine

*Wenn die
deutsche
Wirtschaft noch
lange stagniert,
könnte sich
die Krise im
deutschen
Bankwesen
zuspitzen.*

grosse Aktien- und Immobilienblase geplatzt ist, sind die japanischen Banken wie gelähmt. Sie vergeben zu wenig Kredite und kommen ihrer gesamtwirtschaftlichen Funktion als Mittler zwischen Sparern und Investoren nicht mehr nach. Bisher haben Deutschlands grosse Banken zwar eine Ertragskrise. Sie leiden jedoch noch nicht an einem Übermass an faulen Krediten nach der Art Japans. Wenn die deutsche Wirtschaft allerdings noch lange stagniert, könnte sich die Krise im deutschen Bankwesen zuspitzen und die Wirtschaft einer echten Kreditklemme aussetzen. Auch dies ist ein Grund, möglichst unverzüglich einschneidende Reformen einzuleiten.

Sicher kann die deutsche Wirtschaft nach dem Ende der Irak-Krise auch ohne grosse Reformen einen gewissen Aufschwung erleben. Aber eine rein zyklische Erholung würde die Gefahr nicht vermindern, dass das Land im nächsten Abschwung noch tiefer in den Schlamassel geraten könnte. Der Blick auf die Europäische Zentralbank hilft dabei wenig. Die Zinsen sind bereits niedrig. Die deutsche Angebotsschwäche lässt sich durch keine noch so nachgiebige Zinspolitik kurieren.

Die Stunde der Politik

Die missliche Lage, die ihren Niederschlag im Anstieg der Arbeitslosenzahl auf über 4,7 Millionen im Februar 2003 gefunden hat, beinhaltet auch eine Chance: In der Bevölkerung ist die Einsicht mittlerweile weit verbreitet, dass etwas geschehen muss, auch wenn niemand seine eigenen Besitzstände als Erster preisgeben möchte.

Die deutsche Politik hat die Wahl zwischen Stillstand oder Reformkonsens. Bis zum Herbst 2004 stehen keine folgenschweren Landtagswahlen mehr ins Haus, schmerzhafte und zunächst unpopuläre Reformen könnten noch bis zum nächsten Urnengang auf Bundesebene im Herbst 2006 sichtbare Früchte tragen. Würden Regierung und Opposition, die durch die Machtverhältnisse in Bundestag und Bundesrat auf Gedeih und Verderb aneinander gekettet sind, in den kommenden Monaten mutige Reformen vorantreiben, könnte dies die deutsche Wirtschaft nachhaltig beleben und dazu beitragen, die Kurse deutscher Aktien zu stabilisieren. ♦

*Eine ungekürzte Version
des vorliegenden
Beitrags kann über die
Schweizer Monatshefte
bezogen werden
(info@schweizermonats-
hefte.ch)*

Nikolaus Piper,
geboren 1952, ist diplomierter Volkswirt und Leiter des Wirtschaftsressorts der Süddeutschen Zeitung. Er ist Träger des Ludwig-Erhard-Preises 2001 und Autor der Kinderbücher «Felix und das liebe Geld» (1998) und «Geschichte der Wirtschaft» (2002).

EINHEITLICHKEIT KANN NICHT ERZWUNGEN WERDEN

Unbewältigte Folgen der deutschen Wiedervereinigung

Um das Wirtschaftswachstum, die Lage der Staatsfinanzen und die Stimmung steht es zurzeit in Deutschland schlecht. Es liegt nahe, dafür die amtierende Bundesregierung verantwortlich zu machen. Die Probleme zeigten sich aber schon kurz nach der Wiedervereinigung. Nach langem, quälendem Gezerre ist jetzt in Deutschland eine Reformdebatte in Gang gekommen. Sowohl Gerhard Schröder als auch Edmund Stoiber haben erstaunlich konkrete Vorschläge vorgelegt. Ihre Realisierung verlangt langen Atem und eine ordnungspolitische Neuorientierung.

Die deutschen Sozialdemokraten bekommen jetzt die ganze Wut, den Ärger und auch die Angst zu spüren, welche die Bundesbürger wegen der Wirtschaftslage ihres Landes erfasst hat. Man darf dabei jedoch nicht übersehen, dass Deutschland schon lange vor dem Amtsantritt von Gerhard Schröder Wachstumsschlusslicht in Europa war, und zwar seit der schweren Rezession, die 1993 auf den Wiedervereinigungs-Boom folgte.

Tatsächlich hat Deutschland eine Dekade der Wachstumsschwäche hinter sich. Um die Ursachen zu verstehen, muss man noch ein wenig weiter zurück blicken, ins Frühjahr 1990. Damals rief die SED, die sich erst vor wenigen Monaten den neuen Namen PDS zugelegt hatte, zu einer Grosskundgebung auf. Die Parole im Berliner Lustgarten hiess «*1:1 – wir sind ein Volk*». Die vermutlich erste echte Demonstration in der Geschichte der Partei richtete sich gegen die Vorschläge von Experten der Deutschen Bundesbank, bei der bevorstehenden deutsch-deutschen Währungsunion für zwei Mark Ost nur eine Mark West zu zahlen.

Gigantische ökonomische Fehler

Die Pläne waren kurz zuvor durch eine Indiskretion bekannt geworden und hatten in der DDR einen Proteststurm ausgelöst, nicht nur bei den Anhängern des alten Systems. Dabei waren die Vorschläge schon ein Kompromiss zwischen den Erwartungen der Menschen und der ökonomischen Realität, die einen Kurs von 1:4 nahegelegt hätte. Jedenfalls hätte auch schon ein

Umtausch von 1:2 einen massiven Aufwertungsdruck für die ostdeutsche Wirtschaft bedeutet.

Doch die Träume der Menschen waren stärker als die Gebote der Ökonomie. Die Ostdeutschen übertrugen ihren Wunsch, gleichberechtigte Bürger eines vereinten Deutschlands zu sein, ganz einfach auf die Währung. Hätte man die ohnehin niedrigen Löhne von DDR-Arbeitern nominell gekürzt, etwa wenn aus 1000 Mark Ost 500 Mark West geworden wären, dann hätten die Betroffenen dies als Lohnkürzung empfunden, auch wenn es in Wirklichkeit eine Reallohnheröhung gewesen wäre. So kam die Währungsunion mit dem Umtauschverhältnis 1:1; nur sehr grosse Bestände an DDR-Mark wurden 1:2 getauscht. Das «Wall Street Journal» hat den ökonomischen Kern der Währungsunion damals so beschrieben: Die Westdeutschen «haben die DDR annektiert, und jetzt bezahlen sie deren Bürger dafür, dass sie ihre Waren kaufen». Dass das nicht gut gehen konnte, war klar.

Die deutsche Einheit hat mit einem gigantischen ökonomischen Fehler begonnen. Vor dieser unbequemen Tatsache darf heute niemand die Augen verschließen, der Deutschland reformieren will. Schlimm war vor allem, dass das Eins-zu-eins-Denken nach der Währungsunion erst richtig begann. Unter dem Namen «Sozialunion» wurden die Rentner der ehemaligen DDR in die damals schon überlasteten westdeutschen Sozialkassen übernommen, so, als hätten sie ein Leben lang Beiträge gezahlt. Die Ostlöhne wurden im Parforceritt an das Westni-

veau angepasst, ohne jede Rücksicht auf die tatsächliche Arbeitsproduktivität. Ostdeutschland ist heute vermutlich die am stärksten subventionierte Region, die es je gab. Gut 4 Prozent der westdeutschen Wirtschaftsleistung geht Jahr für Jahr in den Osten. Das wäre zu verkraften, wenn die Subventionen ein exorbitantes Wirtschaftswachstum erzeugten, das dann die Nation mit zieht. Das ist aber nicht der Fall. Seit Mitte der Neunzigerjahre wächst der Osten langsamer als der Westen. Und bei alledem haben viele Ostdeutsche noch das Gefühl, gegenüber den Westdeutschen benachteiligt zu sein. So entsteht einebrisante Mischung aus Missgunst, Neid, Schuldzuweisungen und Überdruss.

Strapazierte Einheitlichkeit

Fast könnte man meinen, das Geschenk der Einheit habe sich gegen die Deutschen gerichtet. Um den Vorgang zu begreifen, muss man einen Gedanken auf die Sozialpsychologie Deutschlands verwenden. «*Einigkeit und Recht und Freiheit*» sind, so heisst es in der deutschen Nationalhymne, «*des Glückes Unterpfand*». Einigkeit, wenn nicht gar die Einheitlichkeit, ist ein hohes Ideal, seit es einen deutschen Nationalstaat gibt, auch und gerade in der Bundesrepublik nach 1945. Die «*Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse*» wird sogar vom Grundgesetz gefordert. Einheit und Einheitlichkeit umschrieben schliesslich die Ansprüche der Ostdeutschen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Nach all den Katastrophen der deutschen Geschichte sollte man für diesen Wunsch sogar ein gewisses Verständnis aufbringen. Wenn ein liberales Reformprogramm, das dem Land mehr Spielräume für den Einzelnen und damit notgedrungen auch mehr soziale Divergenz bringt, dies ignoriert, erleidet es die Strafe des Scheiterns. Es war ja gerade das Geniale am Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, so wie es Ludwig Erhard verstand, dass das Postulat des sozialen Ausgleichs *expressis verbis* aufgenommen und auf eine ökonomisch solide Grundlage gestellt wurde.

Ganz in diesem Sinne wäre heute an Ludwig Erhard anzuknüpfen: Reformer in Deutschland müssen vermitteln, dass Einheit und soziale Stabilität gefährdet sind,

.....
Die deutsche Einheit hat mit einem gigantischen ökonomischen Fehler begonnen.

.....
Einheit und soziale Stabilität sind gefährdet, wenn man zu viel Einheitlichkeit zu erzwingen sucht.

wenn man über Steuern, Sozialabgaben und Tariflöhne zu viel Einheitlichkeit zu erzwingen sucht. Ein Land, das die Last der Einheit zu tragen hat und gleichzeitig neue Wettbewerbschancen nutzen will, ein Land, das ausserdem Millionen von Migranten integrieren muss, braucht mehr Unterschiedlichkeit. Für einen Liberalen ist diese Unterschiedlichkeit ohnehin etwas Erstrebenswertes, ein Reformer in Deutschland braucht aber viel Überzeugungskraft, um diese Erkenntnis politisch umzusetzen.

Grund zur Eile

Ein nicht zu unterschätzender Vorteil dabei liegt darin, dass in Deutschland, anders als im Grossbritannien der späten Siebzigerjahre, noch keine Revolution notwendig ist, um die wirtschaftliche Zukunft des Landes zu sichern. Jedenfalls dann nicht, wenn die Reformen jetzt schnell angepackt werden – ehe um das Jahr 2010 die deutschen Sozialsysteme auch noch den demographischen Wandel verkraften müssen, den schnell wachsenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung. Mehr noch: Vieles, für das Deutschland bis vor kurzem noch bewundert wurde, gibt es ja noch immer: die hohe Arbeitsproduktivität, die gute Ausbildung der Facharbeiter, verlässliche, und meist friedliche Arbeitsbeziehungen in den Betrieben, ein leistungsfähiges Ingenieurwesen. Der Kern der notwendigen Reformen ist unter Ökonomen nicht umstritten. Über Details mag man unterschiedlicher Meinung sein, die allgemeine Richtung ist aber konsensfähig. Bei der Umsetzung ist handwerkliches Geschick erforderlich, vermutlich sind auch Fehler unvermeidbar, schliesslich ist insgesamt die richtige Einschätzung des Zeitdrucks ausschlaggebend.

In Deutschland ist, wie gesagt, noch keine Revolution nötig, sondern eine Reform. Je mehr Zeit jedoch vergeht, desto revolutionärer müssen die Reformen werden, wenn sie Erfolg haben sollen. Die Deutschen haben also allen Grund, sich zu beeilen. Die folgenden zehn Punkte sind ein pragmatischer Vorschlag für Reformen, bei dem der Autor keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Notwendige Reformen

Zähmung der Verbände bei der Lohnfindung. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben bei der Lohnfindung in Ostdeutschland katastrophal versagt, daher ist das System des zentral ausgehandelten Flächentarifvertrages schwer beschädigt. Nun muss die Lohnfindung wenigstens teilweise in die Betriebe zurückverlagert werden. So entsteht mehr Unterschiedlichkeit in der Lohnstruktur, die strukturschwachen Regionen und Betrieben zugute kommt. Betriebe müssen das Recht bekommen, mit ihren Betriebsräten Löhne zu vereinbaren, die niedriger sind, als im Tarifvertrag vorgesehen.

Begrenzung des Sozialstaats. Weil die Kosten der deutsch-deutschen Sozialunion nicht zu beseitigen sind und die Beitragszahlungen zu eigentumsähnlichen Ansprüchen geführt haben, braucht diese Reform besondere Sorgfalt. Notwendig sind ein geringerer Anstieg der Renten ebenso wie längere Lebensarbeitszeiten. Die Rentenversicherung muss wieder zu einer Grundsicherung werden, die durch betriebliche und private Altersversorgung ergänzt wird.

Reform des Gesundheitswesens. Das deutsche Gesundheitssystem erhebt den Anspruch, solidarisch zu sein, also jedem Bürger die medizinisch beste Versorgung, unabhängig von seinem Einkommen, zu garantieren. Es kann diesen Anspruch aber immer weniger einlösen; systemimmanente Reformen haben nur zu Bürokratie und Leistungsverschlechterung geführt. Deshalb wird auch in Deutschland kein Weg an einer Grundsicherung für alle vorbei führen, die dann durch private Zusatzversicherungen zu ergänzen wäre. Dies wird einen Proteststurm auslösen; denn viele organisierte Interessen sind davon betroffen. Die einen werden von «Zweiklassenmedizin» reden, die anderen sich beschweren, weil auch jene in die Grundsicherung einzahlen müssten, die sich bisher aus der gesetzlichen Krankenversicherung freikaufen können; schliesslich werden die Verbandsvertreter gegen ihre drohende Entmachtung protestieren.

Reform des Föderalismus. Die Bundesrepublik begreift sich, wie die Schweiz, als föderaler Staat. Auch das ist eine Konsequenz der wechselhaften deutschen Geschichte. Der deutsche Föderalismus wurde jedoch gelähmt durch ein undurchdringliches Geflecht von Finanzströmen und Verpflichtungen zwischen Bund und Ländern. Die Länder haben kaum noch finanziellen Gestaltungsspielraum, wohl aber die Macht, die Bundespolitik über den Bundesrat zu blockieren. Die Gemeinden bluten unterdessen finanziell aus, viele stehen schon unter Zwangsverwaltung. Auch hier ist mehr Mut zu Unterschiedlichkeit nötig.

Mehr Effizienz bei den Subventionen für Ostdeutschland. Grundsätzlich ist an der Subventionshöhe auf absehbare Zeit nichts mehr zu ändern, aber angesichts der miserablen Ergebnisse ist eine Bestandsaufnahme überfällig.

Weniger Vorschriften. Es ist in Deutschland immer noch viel zu viel verboten, die Gründung eines Unternehmens erfordert ein Vielfaches des in den Vereinigten Staaten notwendigen Aufwandes. Ein Akt von besonderer Symbolkraft wäre es, wenn die Geschäfte in Deutschland, ausserhalb des Sonntags, öffnen und schliessen könnten, wie sie wollen.

Eine nachhaltige Steuerreform mit dem Ziel, vor allem die Grenzsteuersätze zu ermässigen. Allerdings darf man dabei nicht die Illusion wecken, es liesse sich die Steuerquote in Deutschland nachhaltig senken. Die liegt im internationalen Vergleich eher im unteren Bereich. Die eigentliche Entlastung muss von den Sozialbeiträgen kommen.

Umstrukturierung des Staatshaushalts. Wie überfrachtet Deutschland mit den Lasten der Vergangenheit ist, zeigt sich nirgends so deutlich wie im Bundeshaushalt. Von den 247 Milliarden Euro gehen allein 74 Milliarden als Zuschuss in die Rentenversicherung. Zählt man die Zinsausgaben und die Versorgung für Pensionäre dazu, verwendet der Bund über die Hälfte seiner Ausgaben für die Bewältigung der Vergangenheit. Für die Zukunft ist immer weniger Geld da: Der Anteil der Investitionen liegt unter 10 Prozent. Nicht nur der Bund, auch Länder und Gemeinden müssten eigentlich erheblich mehr investieren, um das Land auf Wachstumskurs zu bringen.

Entmachtung der Verbände. Zwischen Staat und Bürger haben sich in Deutschland die Verbände als Meta-Ebene geschoben. Bundeskanzler Schröder hat versucht, die Verbände über das Bündnis für Arbeit gezielt in den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einzubinden. Das Konzept ist gescheitert, die Verantwortung für die Reformarbeit muss wieder in den Bundestag zurück verlagert werden.

Bildungsreform: Die Pisa-Studie hat gezeigt, wie gross der Nachholbedarf Deutschlands in der Bildungspolitik ist. Die Verantwortung für die Bildung liegt bei den Bundesländern. Der Bund muss aber gewährleisten, dass mehr Geld in Schulen und Hochschulen fliessen kann. ♦

DEUTSCHLAND STEIGT AB

Am «Neoliberalismus» kann es nicht liegen

Detmar Doering,
geboren 1957, Dr. phil.,
ist Leiter des Liberalen
Instituts der Friedrich-
Naumann-Stiftung in
Potsdam

Wie immer, wenn die Konjunktur abschwächt, betreten die Kapitalismuskritiker die Bühne. In Deutschland ist es in letzter Zeit geradezu chic geworden, den vermeintlich schrankenlosen «Neoliberalismus» als Ursache von Arbeitslosigkeit und anderen Misern zur Verantwortung zu ziehen. Selbst die Wirtschaftspolitik der Regierung Schröder wird von Erfolgspublizisten (etwa dem ansonsten abgehälferten *Oskar Lafontaine*) in epischer Breite einer «neoliberalen Ausrichtung» bezichtigt. Dass die deutsche Wirtschaft samt ihrem sozialpolitischen Korsett in der Misere steckt, ist unbestritten. 4,7 Millionen Arbeitslose sprechen da eine deutliche Sprache. Aber stimmt auch die dahinter vermutete Ursache? Sind hier destruktiv wütende und ungehemmte Marktkräfte am Werk gewesen?

Diesen Fragen kann man empirisch auf den Grund gehen. Wirtschaftsfreiheit ist messbar und vergleichbar. Die vom Wirtschaftsnobelpreisträger *Milton Friedman* inspirierte und vom kanadischen «Fraser Institute» jährlich neu publizierte Studie «Economic Freedom of the World» vergleicht Daten aus aller Welt (123 Länder aufgrund der Angaben von insgesamt 52 Forschungsinstituten) und beurteilt nach ausgewählten Kriterien wie etwa Offenheit des Außenhandels, Staatsquote, Steuerhöhe, Rechtssicherheit und Währungsstabilität die wirtschaftliche Freiheit, also die Marktwirtschaftlichkeit.¹ Am Schluss steht ein *ranking* der Länder von den freisten zu den unfreisten. Wie steht es nun um die Einstufung Deutschlands auf dieser Skala der Marktwirtschaftlichkeit?

Nach dem Gesamtwert der wirtschaftlichen Freiheit liegt Deutschland zurzeit auf Platz 15 von 123 untersuchten Ländern. Man könnte meinen, das sei doch gar nicht so schlecht. Deutschland lag aber im Jahr 1970 noch auf Platz 6. Inzwischen hat es an Terrain eingebüßt, obwohl es immer noch Pluspunkte erhält, beispielsweise beim Rechtssystem und bei der Geldwertstabilität. Auch der Außenhandel ist, EU bedingt, noch recht frei.

Beim Umfang der Staatstätigkeit – also: öffentliche Ausgaben, Steuern, staatliche Unternehmen – steht Deutschland allerdings lediglich auf Platz 102 von 123 Ländern. Beträgt der Einkommensspitzensteuersatz etwa in der Schweiz je nach Kanton 31 bis 40 Prozent, so beträgt er in Deutschland satte 51,2 Prozent. Der Anteil der Staatsausgaben am Gesamtbruttoinlandprodukt beträgt in der Schweiz 19,2 Prozent, in Deutschland 24,5 Prozent. All dies erklärt zunächst einmal, warum Deutschland aufgehört hat, die Wachstumslokomotive Europas zu sein.

Das Hauptproblem der deutschen Politik ist die Überregulierung des Arbeitsmarktes. Die für «Economic Freedom of the World» massgeblichen Kriterien sind folgende: die Festsetzung von Minimallöhnen, der Kündigungsschutz, das Ausmass des «Kollektivlohnabschlusses», die Anreize durch Arbeitslosengeld und die Wehrpflicht. Die massgebenden Daten lagen nur für 74 Länder vollständig vor. Für Deutschland ist das Ergebnis erschreckend. In Sachen Arbeitsmarktfreiheit landet das Land auf Platz 74, also auf dem letzten Platz. Die Schweiz – wen wundert es, dass hier die Arbeitslosigkeit noch geringer ist – liegt immerhin auf Rang 32.

Die Überregulierung des Arbeitsmarktes zeitigt ihre Folgen. Wegen ihr setzt sich Wachstum nicht mehr in Beschäftigung um. In Deutschland erhöhte sich im Zeitraum von 1990 bis 1999 die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten bei einem Prozent zusätzlichem Wachstum um äusserst magere 0,04 Prozent. In den Niederlanden, wo in diesem Zeitraum eine strikte Lohnzurückhaltung und -flexibilisierung betrieben wurde, betrug der Beschäftigungseffekt von Wachstum dagegen 0,74 Prozent – und war somit 18-mal so hoch.

Es ist tröstlich zu wissen, dass in letzter Zeit bei den verantwortlichen Politikern eine Diskussion eingesetzt hat, leider noch allzu zaghaft und natürlich viel zu spät. ♦

¹ *Economic Freedom of the World, 2002 Annual Report, Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam Babelsberg, erscheint gedruckt im Juni 2003.*

ARBEITGEBERVERBÄNDE, GEWERKSCHAFTEN UND POLITIK

Die drei Plagen auf dem Arbeitsmarkt

Es ist an der Zeit, das überkommene institutionelle Arrangement auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich des Sozialen zu beseitigen. Mehr Wohlstand für alle ist nur möglich, wenn der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialen schärfer wird.

Norbert Berthold,
geboren 1952 in Freiburg, studierte Mathematik und Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Nach Promotion und Habilitation war er 1987 bis 1990 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, seit 1990 ist er Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg. 2002 wurde Norbert Berthold mit dem Ludwig-Erhard-Preis ausgezeichnet.

Deutschland, das lange begeisterte Wirtschaftswunderland der Nachkriegszeit, ist abgebrannt. Als Lokomotive des europäischen Wachstumszuges hat es ausgedient. Es trägt längst die rote Laterne. Ein Vorbild, wie Arbeitslosigkeit niedrig gehalten werden kann, ist es für niemanden mehr. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit nagt vor allem in den neuen Bundesländern auch an der politischen Ordnung. Der deutsche Sozialstaat dient vielen in Europa als Beispiel, wie man es nicht machen sollte. Er ersticht die wirtschaftliche Initiative. Die föderale Ordnung ist ein Grund für den anhaltenden Reformstau. Sie atmet den restaurativen Geist des Korporatismus, nicht den des innovativen, wettbewerblichen Föderalismus. Niemand spricht mehr von der englischen oder holländischen Krankheit. Deutschland ist zum kranken, alten Mann in Europa geworden.

Deutschland ist ein Sanierungsfall. Das wird nirgendwo so deutlich wie am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist auf über 4,6 Millionen offen ausgewiesene Arbeitslose angewachsen, die Arbeitsmarktpolitik versteckt weitere 1,8 Millionen. Auch wenn die Politik weismachen will, dass sie gegen die Mächte der Weltwirtschaft auf verlorenem Posten steht, die Misere auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist zuallererst hausgemacht. Die rot-grüne Bundesregierung hat seit 1998 alles getan, den Arbeitsmarkt weiter zu verriegeln, die Tarifpartner verständigten sich auf Lohn- und Tarifabschlüsse jenseits aller ökonomischen Vernunft. Wer das kleine ökonomische Einmaleins beherrscht, weiß, dass unter diesen Umständen ungünstige weltwirtschaftliche Entwicklungen unweigerlich zu noch höherer Arbeitslosigkeit führen.

Das alles ist kein Betriebsunfall; in Deutschland ist der Wurm drin, nicht erst seit heute. Die Arbeitslosigkeit steigt seit über einem Vierteljahrhundert in rezessiven Phasen stärker an als sie in wirtschaftlich guten Zeiten sinkt. Der institutionelle Rahmen, der Deutschland in der Nachkriegszeit wirtschaftlich gross gemacht hat, passt schon lange nicht mehr zur ökonomischen Wirklichkeit. Auf dem Arbeitsmarkt ist der institutionelle *Mismatch* besonders augenfällig. Ob Deutschland wirtschaftlich wieder auf die Beine kommt oder weiter dahinsiecht, hängt auch davon ab, ob Reformen angepackt werden, die das Tarifkartell knacken und mehr Wettbewerb zulassen. Die Institutionen müssen der Wirklichkeit angepasst werden, alle Versuche, die Wirklichkeit in das Prokrustesbett der gegenwärtigen ineffizienten Institutionen zu zwängen, sind ein gefährlicher Irrweg.

Das Regelwerk auf dem Arbeitsmarkt wurde für den industriellen Sektor der unmittelbaren Nachkriegszeit massgeschneidert. Damals war eine fordistische Produktionsweise gang und gäbe, die Massenproduktion dominierte. Die Interessen der Industriearbeitnehmer waren relativ homogen, die der Arbeitgeber ebenfalls. Das erleichterte es beiden, sich zu organisieren. Der industrielle Sektor entwickelte sich zum Eldorado mächtiger Interessengruppen. Bei relativ homogenen Interessen und ähnlicher wirtschaftlicher Entwicklung in einer Branche lagen einheitliche, zentrale Lösungen nahe. Das Tarifkartell, mit dem Flächentarif als Aushängeschild, ist ein Kind dieser Zeit. Ergänzt wird es um ein von den Arbeitsgerichten ökonomisch unsinnig ausgelegtes Günstigkeitsprinzip. Garniert wird das Ganze von der Möglich-

keit der Politik, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

Allerdings, die Arbeitswelt hat sich grundlegend verändert. Der Stern des industriellen Sektors sinkt, Dienstleistungen sind überall auf dem Vormarsch. Die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden bunter. Es ist eine organisatorische Revolution im Gange, hierarchische Organisationen sind in der Defensive, flexiblere Formen gewinnen die Oberhand. Ein volatileres wirtschaftliches Umfeld erfordert dezentrale Entscheidungen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber arbeiten dabei Hand in Hand, wenn sie die Verbände nicht daran hindern, von Klassenkampf keine Spur. Arbeitnehmer brauchen umfassendere Fähigkeiten, es wird häufig in Teams gearbeitet. Allgemeine Qualifikationen werden einfachen betriebspezifischen Kenntnissen vorgezogen. Berufliche Bildung und betriebliche Weiterbildung sind wichtiger denn je.

Ein volatiles wirtschaftliches Umfeld erfordert Institutionen, die möglichst wenig über einen Kamm scheren, es den wirtschaftlichen Akteuren erleichtern, flexibel auf veränderte Gegebenheiten zu reagieren und alles tun, die eigene Verantwortung zu stärken. Deshalb sind die traditionellen Flächentarife reif für das Museum der Industriegeschichte, staatlich verordnete und gewerkschaftlich administrierte bürokratische Formen betrieblicher Mitbestimmung ebenfalls. Betriebliche Bündnisse für Arbeit sind das Gebot der Stunde. Die mündigen Arbeitnehmer in den Betrieben müssen ihr wirtschaftliches Schicksal zusammen mit der Unternehmensleitung selbst in die Hand nehmen können. Verhandlungen über die Höhe und Form der Löhne, den Schutz des Arbeitsplatzes, die Gestalt der Mitbestimmung und die betriebliche Weiterbildung gehören auf die Ebene der Betriebe.

Sozialstaat als Lastesel

Das alles ist nicht im Interesse der Tarifpartner, die seit langem eine Plage für Deutschland sind. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände hängen einer Strategie aus einer längst versunkenen Arbeitswelt nach. Ihre Welt ist die des Korpora-

Eine radikale Reform ist unvermeidlich, mehr Privatisierung, mehr Äquivalenz, mehr Dezentralisierung sind die Elemente.

tismus, wie er zwischen Tarifpartnern und Politik gepflegt wird. Mit dem Bündnis für Arbeit auf zentraler Ebene des Bundes hat dieses Treiben nur einen neuen Namen erhalten. Solche Bündnisse sind einfach gestrickt: Die Tarifpartner schlagen lohn- und tarifpolitisch über die Stränge, die Arbeitslosigkeit steigt. Der Politik hilft, die beschäftigungspolitischen Lasten auf Dritte abzuwälzen. Dabei wird vor allem der Sozialstaat als Lastesel missbraucht. Die Dummen sind primär Arbeitslose und zukünftige Generationen, die über umlaufgefinanzierte Systeme der Sozialen Sicherung zur Kasse gebeten werden.

Über Löhne und Tarife muss vor Ort in den Betrieben entschieden werden. Das Günstigkeitsprinzip muss vom Gesetzgeber so gefasst werden, dass es den einzelnen Arbeitnehmern möglich wird, mehr Arbeitsplatzsicherheit auch gegen weniger Lohn zu tauschen. Die mündigen Arbeitnehmer sind nicht die Mündel von Gewerkschaften und Arbeitsgerichten. Die Politik darf sich nicht vor den Karren der Interessen von Funktionären der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften spannen lassen. Die Arbeitsgerichte sind durch eindeutige gesetzliche Regelungen in die Schranken zu weisen, sie sind kein Ersatzgesetzgeber.

Allerdings, die deutsche Politik hat weder den Willen noch die Kraft, das Tarifkartell zu knacken. Was auch nur an der wettbewerbsfeindlich ausgestalteten Tarifautonomie kratzt, gilt in Deutschland umstandslos als verfassungswidrig. Und dennoch, die gegenwärtige Macht des Tarifkartells wird erodieren, eher über kurz als lang. Sie wird von der Seite des Sozialen ausgehöhlt. Eine veränderte Altersstruktur und weltweit offenere Märkte werden den gegenwärtig ineffizienten und ungerechten Sozialstaat in seinen Grundfesten erschüttern. Eine radikale Reform ist unvermeidlich, mehr Privatisierung, mehr Äquivalenz, mehr Dezentralisierung sind die Elemente. Damit fällt es aber Tarifpartnern mit der Hilfe der Politik immer schwerer, Verträge zu Lasten Dritter abzuschliessen. Der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt wird zunehmen, die Arbeitslosigkeit sinken, der Wohlstand aller steigen. ♦

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT WIEDER BELEBEN

Eine Stellungnahme aus amerikanischer Sicht

Richard W. Rahn
ist Senior Fellow des
Discovery Institute und
Dozent am Cato
Institute in Washington
DC, USA.

In Deutschland stagniert das Wachstum, und das Land kämpft mit der Deflation, mit einer Bankenkrise und einer ständig ansteigenden Arbeitslosigkeit. Bundeskanzler Schröder hat zwar Reformpläne präsentiert, ob diese aber erfolgreich realisierbar sind, ist sehr fraglich.

In den Sechziger- und Siebzigerjahren brüsteten sich Europa – und insbesondere Deutschland – mit ihrem Wirtschaftswachstum. Zwischen 1965 und 1974 beliefen sich die Investitionen der öffentlichen Hand auf 37 Prozent des durchschnittlichen Bruttosozialproduktes, und das Wirtschaftswachstum betrug durchschnittlich 4,3 Prozent pro Jahr.

Als jedoch in Europa Linksregierungen an die Macht kamen, stiegen die Staatsquoten bis zum Jahre 1984 auf durchschnittliche 47 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Diese Quote gilt auch heute noch, während sie in den USA wenig über 30 Prozent liegt. Wen wundert's, dass das Wirtschaftswachstum in Europa auf durchschnittlich 1,7 Prozent zurückfiel, während die Vereinigten Staaten zwischen 1984 und 2000 ein Wachstum von durchschnittlich 3,6 Prozent auswiesen? In Europa war die durchschnittliche Arbeitslosenquote mehr als 50 Prozent höher als in den USA.

Vor der *Thatcher*-Revolution war das UK «der kranke Mann Europas». Heute ist es dank Privatisierung, Steuer- und Ausgabenreduktion an der Spitze der grossen EU-Mitglieder. In den Neunzigerjahren führte die EU den Euro als gemeinsame Währung ein. Die Deutschen, die aufgrund ihrer historisch bedingten Inflationsangst bisher eine sehr restriktive Geldpolitik betrieben hatten, befürchteten, dass andere Mitgliedstaaten die durch fiskalische Verantwortungslosigkeit bewirkten Probleme durch eine Inflationierung der neuen Währung lösen könnten. Aus diesem Grund beharrten die Deutschen auf sehr restriktiven und strikten Regelungen der Staatsverschuldung. Zu diesem Zeitpunkt schien dieses Vorgehen sehr weise und weitsichtig. Es wurden jedoch beim Festlegen der Defizitziele zwei Fehler gemacht.

Der *erste* Fehler bestand darin, dass nicht unterschieden wurde zwischen den zwei theoretischen Möglichkeiten der Defizitverringerung: Ausgabenreduktion und Steuererhöhung. Eine Reduktion der Ausgaben der öffentlichen Hand führt zu einer Erhöhung des Wirtschaftswachstums, weil die weniger produktiven Staatsausgaben durch die produktiveren Investitionen und Ausgaben der Privatwirtschaft ersetzt werden. Eine Steuererhöhung reduziert das Wirtschaftswachstum und macht es schwieriger, die Ausgaben einzudämmen.

Der *zweite* Fehler beim Bestimmen eines Defizitzieles ist die Verwechslung von Defizit und Inflation. *De facto* besteht sehr wenig Verwandtschaft zwischen Defizit und Inflation. So hat Japan während mehr als einem Jahrzehnt massive Defizite eingefahren, doch sein Problem ist Deflation und nicht Inflation. Steuerreduktionen, gepaart mit einer restriktiven staatlichen Ausgabenpolitik, sind das wirksamste Rezept, um öffentliche Defizite in den Griff zu bekommen. Deutschland und Frankreich haben den Auftrag erhalten, ihre Defizite nach den von der EU aufgestellten Regeln zu reduzieren. Die Franzosen haben daraufhin angekündigt, dass sie zwar einige Steuerreduktionen, welche wachstumsfördernd sind, durchziehen werden, jedoch auf die gewünschten wachstumshemmenden Ausgabenreduktionen verzichten wollen.

Ungenügende Reformen

Das neue Programm von Bundeskanzler *Schröder* beinhaltet einige wirtschaftsfördernde, aber auch einige kontraproduktive Elemente. Wirtschaftsfördernd ist sicher die Erleichterung von Entlassungen. Dies ist ein Fortschritt. Deutschland muss sich

Der Beitrag wurde von
Juliana Schwager-
Jebbink aus dem Eng-
lischen übersetzt.

jedoch in Richtung eines Systems der «Beschäftigung nach Bedarf» entwickeln, wie es die Vereinigten Staaten kennen. Die Europäer argumentieren, dass das amerikanische System gegenüber den Arbeitnehmern zu hart sei. Tatsächlich wirkt es sich aber eher zugunsten der Arbeitnehmer aus, weil sie nach einer Entlassung auf einem flexiblen Arbeitsmarkt viel grössere Chancen haben, eine neue Stelle zu finden.

Ebenfalls als wachstumsfördernd können die Vorschläge betrachtet werden, die darauf zielen, dass Personen, welche von der Sozialfürsorge leben, angebotene Stellen akzeptieren müssen. Negativ wird sich jedoch die angekündigte Erhöhung der staatlichen Investitionen auswirken; denn diese wird entweder aus mehr Steuereinnahmen oder aus Anleihen finanziert werden müssen. Diese Ausgaben werden die deutsche Wirtschaft mehr belasten als stützen; denn jeder zusätzlich ausgegebene Euro wird aus dem privaten Sektor herausgepresst. Ausserdem wissen wir, dass höhere Steuern die Anreize zu arbeiten, zu sparen und zu investieren verringern, und dass die Kosten des Steuereintreibens, sowohl im öffentlichen als im privaten Sektor, beachtlich sind. Der heutige deutsche Steueranteil ist weit über dem, was einnahme- und wachstumsmässig erzielt werden kann. Somit steht fest, dass eine Zunahme der Steuerbelastung und der Staatsausgaben zu einer weiteren Talfahrt der deutschen Wirtschaft führen wird.

Bankenkrise und Kapitalflucht

Eine zusätzliche Gefahr besteht darin, dass Deutschland, wie Japan, in eine Deflationsspirale gerät und das übrige Europa mit hineinzieht. Das könnte sich etwa so abspielen: Bei einer schwächer werdenden deutschen Wirtschaft werden die Vermögenswerte der Banken (Aktien und Immobilien) weniger wert. Dadurch wird das Bankensystem gefährdet, und die Banken werden weniger Darlehen geben. Die Konjunktur flacht weiter ab, und das wird einen weiteren Rückgang der Preise und Vermögenswerte verursachen. Da Deutschland keine eigene Zentralbank mehr hat, ist die Bekämpfung der Defla-

*Steuer-
reduktionen,
gepaart mit einer
restriktiven
staatlichen
Ausgabenpolitik,
sind das
wirksamste
Rezept,
um öffentliche
Defizite
in den Griff zu
bekommen.*

*Negativ wird sich
jedoch die
angekündigte
Erhöhung der
staatlichen
Investitionen
auswirken.*

tion durch Geldschöpfung nicht mehr möglich. Wenn die Deutschen weniger wohlhabend sind, werden sie von ihren europäischen Nachbarn, die stark mit ihnen vernetzt sind, auch weniger kaufen.

Einige deutsche Bankiers haben dazu aufgerufen, schlechte Bankanleihen abzuschreiben, ähnlich wie dies in den USA während der Krise in den Achtzigerjahren der Fall war. Ein solches Programm kann aber nur dann Früchte tragen, wenn andere fundamentale Veränderungen zugunsten der Wirtschaft tatsächlich durchgezogen werden. In den Vereinigten Staaten war die Spar- und Darlehensabschreibung gekoppelt an eine Senkung der Steuerrate, eine Lockerung der Regulierung und eine Reduktion des Ausgabenwachstums. Dank starkem Wirtschaftswachstum konnte die Bankenkrise ziemlich schmerzlos überwunden werden.

Alle grösseren europäischen Staaten sind mit dem Problem der Kapitalflucht konfrontiert. Das Fluchtkapital fliesst innerhalb der EU in Länder wie Luxemburg, Österreich und ausserhalb der EU in die Schweiz und in die USA. Die EU beharrt auf einem Informationsaustausch und verlangt von Ländern, welche diesen verweigern, eine Verrechnungssteuer auf dem Kapitalertrag von 35 Prozent. Diese Massnahme, welche die Gesamtsteuerlast aller EU-Staaten erhöht, wird zu einer zusätzlichen Stagnation des Wirtschaftswachstums führen.

Wachstum ist erfahrungsgemäss nur möglich, wenn das Staatsbudget durch strengste Ausgabendisziplin ins Gleichgewicht gebracht wird. Die Staatsquote Deutschlands liegt weit über derjenigen der USA, Grossbritanniens und Irlands. Auch die Lohnkosten sind in Deutschland substanziell höher als in diesen Ländern. Darum ist Deutschland auch diesbezüglich nicht mehr wettbewerbsfähig.

Wenn Deutschland den Umfang des öffentlichen Sektors nicht massiv reduziert und seinen Arbeitsmarkt liberalisiert, wird die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen und das Realeinkommen weiter sinken. Nur mit einem an heutige Gegebenheiten angepassten *Reagan/Thatcher*-Reformprogramm kann Deutschland wieder zur führenden Wirtschaftsmacht Europas werden. ♦

DIE GEWALT DER GEWERKSCHAFTEN

Ludwig von Mises, zitiert aus: «Vom Wert der besseren Ideen, Sechs Vorlesungen über Wirtschaft und Politik, gehalten in Buenos Aires 1958», dt. Übersetzung, Poller Verlag, Stuttgart 1983, S. 75 ff.

«Eine Gewerkschaft nimmt das Recht für sich in Anspruch, ja sie betrachtet es praktisch als ihr Vorrecht, sich auf Gewalt zu stützen. Und eine Gewerkschaftsweisung ist deshalb – lassen Sie es mich so formulieren – nicht weniger bedeutsam als eine Anordnung der Regierung. Eine Regierungsanordnung ist mit staatlicher Zwangsgewalt ausgestattet und die Polizei steht bereit, um sie durchzusetzen. Wenn man sich dieser Regierungsanordnung nicht fügt, kommt man mit der Polizei in Konflikt.

Heutzutage haben wir leider in fast allen Ländern der Welt eine zweite Kraft, die Macht ausüben kann, das sind die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften setzen Löhne fest und streiken, um sie durchzusetzen; genauso wie die Regierung die Macht hätte, einen Mindestlohn festzusetzen. (...) Ich möchte hier nur festhalten, dass es die Politik der Gewerkschaften ist, die Löhne *über* das Niveau hinaus zu erhöhen, das sie in einem freien Markt hätten. Als Folge davon kann ein beträchtlicher Teil der Arbeitswilligen nur beschäftigt werden, wenn es Arbeitgeber gibt, die bereit sind, mit Verlust zu arbeiten. Und da Unternehmen auf die Dauer nicht mit Verlust arbeiten können, schliessen sie ihre Betriebe und Leute werden arbeitslos. Die Festsetzung der Löhne über dem Niveau, das sie in einem freien Markt hätten, endet immer mit der Arbeitslosigkeit eines beträchtlichen Teils der Arbeitswilligen.

In Grossbritannien war das Ergebnis der hohen, von den Gewerkschaften erzwungenen Löhne eine anhaltende, Jahre dauernde Arbeitslosigkeit. Millionen von Arbeitern waren arbeitslos, die Produktionsziffern sanken. Sogar die Sachverständigen waren verblüfft. In dieser Lage entschloss sich die Regierung zu einer Massnahme, die sie für unvermeidlich hielt: Sie *wertete die Währung ab*. (...)

Es war ein Unglück, dass *Lord Keynes* 1936 in seiner *Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* jene Notmassnahmen aus der Zeit von 1929 bis 1933 zu einem *Prinzip*, ja sogar zu einem grundlegenden System der Politik erhoben hat. Er rechtfertigte dies folgendermassen: *Arbeitslosigkeit ist schlecht. Wenn man möchte, dass sie verschwindet, muss man die Geldmenge vermehren.* (...)

Was *Lord Keynes* hier vorschlug, hätte man früher Betrug an den Arbeitern genannt. Statt offen zu erklären, dass die Löhne den Marktverhältnissen angepasst werden müssen, weil sonst ein Teil der Arbeits-

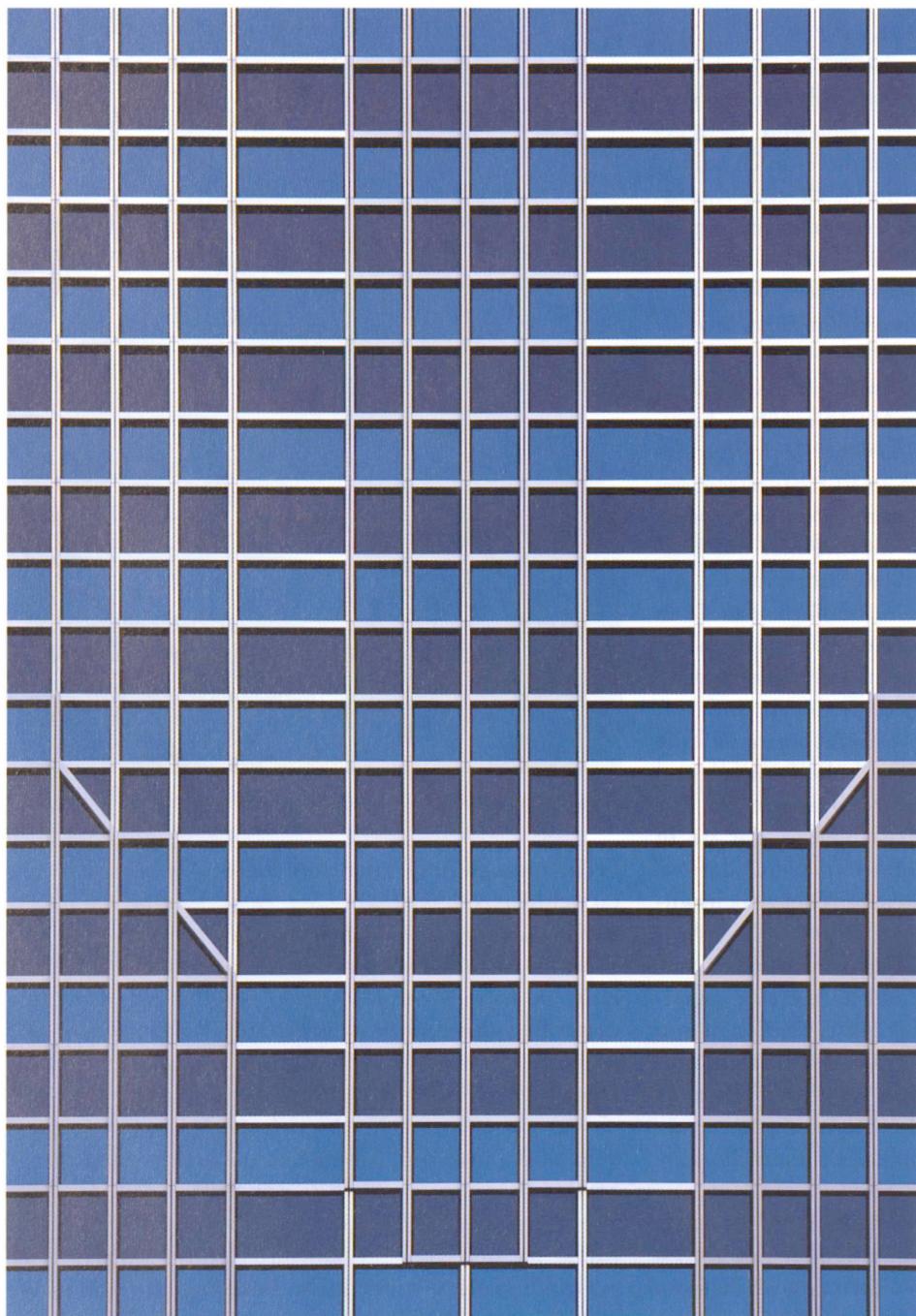


Ludwig von Mises (1881-1973)

kräfte zwangsläufig arbeitslos bleiben muss, sagte er tatsächlich: *Vollbeschäftigung kann man nur haben, wenn man Inflation hat. Führt die Arbeiter hinter Licht.* Das Interessanteste daran ist jedoch, dass zu der Zeit, als seine *General Theory* veröffentlicht wurde, dieser Betrug schon nicht mehr möglich war, denn die Menschen waren inzwischen indexbewusst geworden. Doch nach wie vor war Vollbeschäftigung das Ziel.

Was bedeutet *Vollbeschäftigung*? Sie hängt mit dem unbehinderten Arbeitsmarkt zusammen, einem Markt, der nicht von den Gewerkschaften oder der Regierung manipuliert wird. Auf einem solchen freien Markt hat der Lohn für jede Arbeit die Tendenz, sich auf einer Höhe einzupendeln, bei der jeder Arbeitsuchende eine Arbeit bekommen kann und jeder Unternehmer soviel Arbeiter einstellen kann, wie er braucht. Bei wachsender Nachfrage nach Arbeit haben die Löhne eine steigende, bei sinkender Nachfrage eine fallende Tendenz.

Das einzige Mittel, um *Vollbeschäftigung* zu erreichen, ist ein von Eingriffen freier Arbeitsmarkt. Das gilt für jede Art von Arbeit und für jede Art von Gütern.♦



Roland Fischer, Dresdner Bank, Frankfurt 2000, 180 x 125 cm, Courtesy Galerie Walter Storms, München